

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. Juli 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 75.

## Etwas über Demokratie.

I.

Das demokratische Prinzip findet in der jedem einzelnen gegebenen Möglichkeit, seine Meinung durch Stimmabgabe zu bekunden, den höchsten Ausdruck. Die gesetzlich oder statutarisch garantierte Gewähr, in allen entscheidenden Fragen seine Stimme in die Waagschale werfen zu können, hat gewiß etwas Bestechendes. Der gewöhnliche, der Durchschnittsvertreter des Gleichheitsprinzips wird das Recht der Urabstimmung mehr oder weniger als etwas Selbstverständliches betrachten. Indes, es gibt auch Gleichheitschwärmer und sogar Gleichheitsfanatiker. Die erblicken in dem ihnen eignen Überschlag in der Urabstimmung das höchste, heiligste Postulat des Volks. Die Vox populi hat für sie tatsächlich die Deutung: Volkes Stimme — Gottes Stimme.

Der Realpolitiker läßt sich aber nicht von solchen hochgeschraubten Hypothesen leiten. Kühn und überlegend sieht er nicht nur die bestechende Außenseite, er blickt tiefer; und wer den Dingen bis auf den Grund schaut, Licht und Schatten nicht etwa bloß gleichmäßig, sondern vor allem gerecht verteilt, der wird seine eignen Ansichten über diese sogenannte höchste demokratische Tugend haben. Wie er sie auch haben wird über das Prinzip der Demokratie selbst, wenn es Verwirklichung finden, wenn die allgemeine Gleichheit praktisch und faktisch zur Tatsache werden soll. Wenn J. J. Rousseau, Frankreichs glänzendster Schriftsteller im 18. Jahrhundert, der ein ebenso entschiedener Bekämpfer der Standesungleichheit wie energischer Beschützer der Volkssouveränität und ein mutvoller Vorkämpfer der bahnbrechendsten Ideen im allgemeinen war — weswegen er auch ins Exil wandern mußte —, wenn ein solcher Mann den Ausspruch tun konnte: „Gäbe es ein Volk von Göttern, so würde es sich demokratisch regieren. Eine so vollkommene Regierung paßt für Menschen nicht. Es hat noch nie eine wahre Demokratie gegeben und wird es auch nie geben“, dann dürfen wir gewöhnlichen Sterblichen es schon glauben, daß es die menschliche Unvollkommenheit wieder ist, die, wie in so vielerlei Beziehung, auch diese unsre Ideale so wenig mit der Prosa des Lebens in Einklang kommen läßt. Wir müssen uns daher mit dem Erreichbaren bescheiden, das je nach der Kulturstufe eines Volks resp. der Menge noch von verschiedenem Werte sein wird.

Die politische Demokratie ist selbst in den demokratischsten Ländern — wir nennen die Schweiz und Frankreich — ein nicht gerade erhebendes Abbild dessen, was unter Demokratie verstanden sein will. Und doch unterscheiden sich diese beiden europäischen Republiken hinsichtlich des demokratischen Charakters ihres Staatswesens noch weit voneinander. Die Schweiz hat die Volksabstimmung, das Referendum, Frankreich nicht. Letzteres fällt, was das Vorhandensein und die Übung demokratischer Gewohnheiten anbelangt, gegen die keine Schweiz überhaupt beträchtlich ab. Die Volksherrschaft ist, das lehrt die Geschichte zur Genüge, nur in kleinen Staaten mit einfachen Verhältnissen möglich gewesen. Ob aber da immer in vorbildlicher Weise, ist eine andre Frage. Das Schweizer

Volk hat zum Beispiel schon verschiedentlich über Gesetzesvorlagen votiert, daß es ganz unbegreiflich war. Der-Ausfall des Referendums hat durchaus nicht immer im Interesse der Allgemeinheit gelegen, obwohl diese Allgemeinheit doch die Macht gehabt hätte, zu ihren Gunsten die betreffenden Fragen zur Entscheidung zu bringen.

Im gewerkschaftlichen Leben kommt der Grundsatz der Demokratie unbestritten stärker zur Geltung. Die Arbeiter haben in ihren wirtschaftlichen Organisationen Demokratien, wie sonst nicht so rein anzutreffen. Aber auch hier hat die Medaille zwei Seiten. Die Rehrseite tritt immer da mehr in die Erscheinung, wo es sich um große organisatorische Gebilde mit weiterverästelten Spezialgruppierungen handelt, wo die unterschiedlichsten Verhältnisse, die abweichendsten Anforderungen im Rahmen eines großen oder gar riesigen Ganzen Berücksichtigung und Erfüllung finden sollen. Daß die Stärke, der Ausbau und die gewiegte Taktik der modernen Unternehmerverbände über die besten demokratischen Tugenden der Gewerkschaften häufig einfach hinwegschreitet, möge noch hervorgehoben sein, denn dieses gewichtige Moment wird gar zu gern und viel zu sehr übersehen. Und doch ist es für die gewerkschaftlichen Kämpfe so hochbedeutend!

Es war im vergangenen Jahre das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission, das aus Anlaß ähnlicher Vorgänge wie jetzt bei den Bauarbeitern in Leipzig und in einzelnen Orten über die gewerkschaftliche Demokratie recht beherzigenswerte Ausführungen brachte. Der eine Artikel stammte von Wilhelm Düwelle, einem Redakteur des „Vorwärts“, den man vordem immer auf dem äußersten Flügel antreffen konnte und der als Gewerkschaftskritiker namentlich in der „Neuen Zeit“ manchen Hieb — auch gegen uns Buchdrucker — ausgeübt hat. Dieser Mann vom Bau also sagte im „Korrespondenzblatt“ u. a.:

Was ist Selbstbestimmung — Demokratie? Um absolut feststehende Begriffe handelt es sich bei diesen Worten nicht. Im Wechsel der Erscheinungsformen im politischen und wirtschaftlichen Leben verschoben sich auch die Grenzen der Selbstbestimmung und Demokratie. Diese beiden Begriffe unterliegen ebenfalls der allgemeinen Umwertung der Werte.

Gerade das Selbstbestimmungsrecht, demokratische Grundzüge wie auch die der Gerechtigkeit machen die Entscheidungen im Wirtschaftskampfe der Neuzeit außerordentlich schwierig. Man kann in einer kritischen Situation, wenn von der Entscheidung der Stunde Krieg und Frieden, das Wohl und Wehe Ungezählter abhängt, nicht erst die gesamte Mitgliedschaft einer nach Hunderttausenden zählenden Organisation befragen, nicht das Votum der übrigen in Betracht kommenden Organisationen herbeiführen; es muß ein Organ vorhanden sein, das unter eigener Verantwortung die diplomatischen Fäden spinnt oder den Krieg erklärt; ein Organ, das — entscheidet! Ein Organ, das bestimmt, was zu geschehen hat! Dieses Organ kann natürlich nicht die sicher vorwiegend aus ihren eignen Verhältnissen heraus urteilende jeweilige Streikleitung oder Ortsverwaltung sein. Solche Entscheidungsrechte kann man nur in die Hände der Zentralkommission legen, deren Urteil der Ausschluß der Interessenwahrung der Gesamtorganisation, der Gesamtarbeiterbewegung sein muß. Dagegen sträubt sich das „Selbstbestimmungsrecht“ der Mitglieder mit Unrecht.

Der stete Fluß des wirtschaftlichen und sozialen Werdens zwingt die Arbeiterorganisationen zu dauernder taktischer Fortentwicklung. Die primitive-unvermittelte Aktion im wirtschaftlichen Kampfe hat, wie gezeigt, längst einer komplizierten Funktion mit vor-

bereitenden Maßnahmen, der Festlegung eines strategischen Plans, der den Niederschlag eines ganzen Komplexes von Erwägungen und Beobachtungen darstellt, den Platz räumen müssen. Oft muß die entscheidende Stunde das direkte Kampfmittel gebären. Die Möglichkeit, jedes gewünschte Mittel zu jeder Zeit benutzen zu können, setzt planmäßige Vorarbeit und ein entscheidendes Organ voraus. Ohne entsprechende strategische Organisation können der Arbeiterbestimmte, von Begeisterung und Opferwilligkeit getragene Aktionen zu ihrem Schaden ausschlagen. Vorbei ist die Zeit, daß nach jeweils örtlichen oder den Bedürfnissen der Branche eines Berufs oder einer beschränkten Personenzahl unbedenklich der Verbandsorganisation in Bewegung gesetzt werden kann. Heute sind zu erwägen die Konsequenzen, die eine Verbandsaktion nicht nur für die eigne Organisation, sondern auch für andre Verbände haben kann.

Ein redaktioneller Artikel des „Korrespondenzblatt“ behandelte zu einem späteren Termine dann das gleiche Kapitel und unterstrich die Düwellsche Deklaration des Begriffs Gewerkschaftsdemokratie mit folgendem Satze:

Das ist die Demokratie, wie sie in großen Organisationen bezüglich der Leitung des Verbandes und seiner Aktionen nur möglich ist, soll der Kampf mit den Unternehmerorganisationen erfolgreich geführt werden können. Je eher in den Mitgliederkreisen der Verbände die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß das entscheidende Wort über Krieg und Frieden bei Kämpfen, die schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen, den Verbandsinstanzen als Vertretung der Gesamtheit übertragen werden muß, je besser für den Erfolg unsrer Aktionen. Eine Beeinträchtigung der Interessen der Verbandsmitglieder ist es gewiß nicht, wenn dadurch ein von vornherein ausichtsloser Kampf verhindert wird.

Diese Ausführungen besagen also, daß das demokratische Prinzip in Reinkultur bei den Gewerkschaften schon aus einem mehr äußerlichen, allerdings sehr schwerwiegenden Grunde nicht mehr durchzuführen wäre, selbst wenn die Möglichkeit sonst gegeben sein sollte. Und das ist die Entwicklung der Unternehmerorganisationen, die den Gewerkschaften eine ganz andre Strategie aufzwingt. Die Verhältnisse sind dadurch heute so kompliziert geworden, daß selbst den erfahrensten Gewerkschaftsführern das richtige Erfassen der Vorgänge auf dem wirtschaftlichen Kampffeld und ein zutreffendes Überschauen der Situation schwer, nicht selten sogar sehr schwer wird. Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder ist auch bei der weitgehendsten Aufklärung, bei bestem eignem Willen und bei den besten Absichten dazu seitens der Verbandsleitungen, erst recht außerstande, im gegebenen Augenblicke die Entscheidung zu treffen, die die größte Wahrscheinlichkeit des Erfolgs haben dürfte. Der Widerspruch zwischen Massenorganisation und Demokratie ist heutzutage eben ein Punkt, über den wir nicht mehr hinwegkommen.

Die Masse zeigt übrigens durch genug Beispiele aus alter und neuer Zeit und erst aus den letzten Tagen wieder, daß ihre Begriffe über Demokratie durchaus schwankende sind. Die alten Demokratien sind alle in der Anarchie untergegangen, und heutzutage würde alles extreme Kräfte zur Durchsetzung der absoluten Demokratie nur die Demokratie selbst stützen. Denn diejenigen, denen das demokratische Prinzip sonst so geklärt ist, haben bei folgenreicheren Fragen und Entscheidungen, die auch das eigne Ich weniger oder mehr berühren, durch ihr Verhalten in den meisten Fällen gezeigt, daß ihnen die demokratischen Grundsätze entweder doch









